Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 10. Sonntag, den 12. Januar 1919. 17. Jahrgang

Die

Deutsch-nationale Volkspartei

ist sich bewußt, daß der Staat an die Steuerkraft der Bürger die höchsten Anforderungen stellen wird und muß. Sie fordert, daß bei einheitlicher Steuergesetzgebung die größten Lasten auf die tragfähigsten Schultern gelegt werden, ohne aber dabei unser Wirtschaftsleben zu ersticken. Insbesondere sind die Kriegsgewinne unnachsichtlich zu erfassen. Eine Steuerhinterziehung ist durch schärfste Nachprüfung zu unterbinden.

Beitrittserklärungen sind zu richten an die Geschäftsstelle Bergstraße 19, Fernruf 498.

Allerlei zum Nachdenken.

1. In einem Wahlaufruf der Demokratischen Partei heißt es: „Sie (die Demokratische Partei) ist in erster Linie dazu berufen, das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit zu verhindern, die nicht nur für unsere Zukunft, sondern auch für unser ganzes Wirtschaftsleben die größte Gefahr bedeuten würde. Denn einer sozialistischen Mehrheit folgt auch eine rein sozialistische Regierung."

Sehr richtig betont dieselbe Partei in einem anderen Flugblatt, durch das sie den Mittelstand zu gewinnen sucht, daß die Sozialdemokratie der Todfeind des selbständigen Mittelstandes sei. Darnach müßte man annehmen, daß die Demokratische Partei einen energischen Kampf gegen die Sozialdemokratie führen will. Wie vertragen sich damit folgende Tatsachen?

a) Der frühere freisinnige Abgeordnete Hoff erklärte laut „Kieler Zeitung" in einer Versammlung des Demokratischen Vereins:

„Während der letzten Jahre haben die Fortschrittler gemeinsam mit den Sozialdemokraten eine wahrhaft vaterländische Politik (!) getrieben, indem sie sich gegen die verderblichen Treibereien der Konservativen und Alldeutschen wandten. Wenn die Demokraten jetzt mit den Sozialisten das Schicksal des Vaterlandes in die Hand nehmen müssen, dann kann von einer Verbindung der Listen mit rechts keine Rede sein".

b) Theodor Wolff, der Gründer der Partei hat erklärt, daß er mit der Sozialdemokratie ein großes Stück Weges zusammengehen werde.

c) Der bekannte Demokrat Professor Wolff hat sich ausdrücklich dagegen verwahrt, daß man die Demokartische Partei als bürgerliche Partei ansehe.

d) Herr Justizrat Dr. Jahn-Prenzlau stellt folgendes fest:

1. Herr Steinweg, der Kandidat der Demokratischen Partei, hat in der öffentlichen Versammlung seiner Partei im hiesigen Schützenhause am Sonntag, den 29. Dezember, erklärt: „Er stehe an 98 vom Hundert auf dem Boden der Sozialdemokratie." (!!!)

2. Er bekannte sich sodann zu dem internationalen Weltbürgertum, hielt sich z. B. in wegwerfender Art über das Singen unseres schönen Vaterlandsliedes „Deutschland, Deutschland über alles" auf und erklärte wörtlich: „Es gebe keine nationalen Unterschiede mehr!"

3. Herr Rechtsanwalt Unger als Vorsitzender der Versammlung billigte ausdrücklich die gesamten Steinwegschen Ausführungen und betonte: „Die Demokratische Partei führe den jetzigen Wahlkampf gegen rechts!" Auf den erstaunten Zuruf, ob er nicht „links" gemeint hatte, erwiderte er unter dem Beifall der anwesenden Sozialdemokraten: „Nein, gegen rechts!"

e) Die demokratische Partei hat bisher alle Vorschläge, die Listen der bürgerlichen Parteien zu verbinden, abgelehnt.

2. Die Demokratische Partei ist bekanntlich dadurch gekennzeichnet, daß ihre Gründung in den Räumen des „Berliner Tageblattes" stattgefunden hat und daß ihr geistiger Leiter Herr Theodor Wolff von diesem Mosseschen Zeitungsunternehmen ist, der sich früher darin gefiel, seinen Vornamen in französischer Form zu schreiben. Allen bewußt deutsch Gesinnten und besonders den Angehörigen unseres Mittelstandes ist ohne weiteres klar, daß eine Partei mit solchen international-großkapitalistischen Beziehungen ihre Interessen nicht vertreten kann, sondern vielmehr gerade die Vertretung ihrer wirtschaftlichen und nationalen Gegner darstellt. Die deutschen Handwerker haben auf ihrer Tagung in Weimar daher auch mit erdrückender Mehrheit betont, daß sie es ablehnen, sich von der Demokratischen Partei einfangen zu lassen. Allmählich wird es den Demokraten höchst unbequem, sich überall als Partei des „Berliner Tageblattes" bezeichnet und eingeschätzt zu sehen. Sie möchten gern ihren Ursprung bemänteln oder das Mosseblatt ganz von ihren Rockschößen abschütteln. So erklärte in Schneidemühl ein Wahlbewerber der Demokratischen Partei: „Glauben Sie doch nicht, daß ich, wenn ich gewählt werde, mich mit den Leuten vom „Berliner Tageblatt" an einen Tisch setzen werde". — Ja, was gedenkt denn dieser Herr nach seiner Wahl zu tun? Einer muß weichen. Glaubt er gegenüber dem „Berliner Tageblatt" der Stärkere zu sein? Wohl kaum. Er wird aus der Partei ausscheiden müssen. Das sollte er lieber vor der Wahl tun und mit ihm alle, die ebenso denken wie er.

3. Die Demokratische Partei veröffentlicht einen Protest gegen die Vorgänge in den Ostmarken, in dem es heißt:

„Wir protestieren auf das schärfste gegen die schwächliche und beschämende Haltung der Regierung in der Frage des Schutzes der Ostmarken. Das rechtzeitige Einsetzen unserer Machtmittel hätte uns die Schmach erspart, unsere Ostgrenzen von schwachen polnischen Aufrührerbanden überrannt zu sehen".

Das ist alles durchaus richtig und schön gesagt. Nur ist es erstaunlich, daß die Demokratische Partei diesen entrüsteten Protest erhebt. Wer hat es denn verschuldet, daß kein rechtzeitiges Einsetzen von Machtmitteln erfolgt und daher diese Schmach über Deutschland gekommen ist? War es nicht der von der Regierung nach den Ostmarken gesandte Unterstaatssekretär von Gerlach, der durch seine irreleitende Berichterstattung über die Zustände das Eingreifen der Regierung verhinderte, bis es nach Ansicht des Ministeriums zu spät war! Und dieser Herr von Gerlach ist bekanntlich einer der Führer der Demokratischen Partei und ihr Vertreter in der Reichsregierung! Und dieser Herr von Gerlach hat noch dieser Tage in einer Wahlversammlung der Demokratischen Partei in Magdeburg erklärt: „Mit Gewalt sei gegen die Polen nichts anzufangen, da die Sozialdemokraten nicht mehr kämpfen wollten. Die Entsendung von Truppen würde Waffenlieferung an die Polen bedeuten". — Wie reimt sich nun der Protest der Demokratischen Partei mit dem Verhalten und den Erklärungen ihres Vertreters in der Regierung zusammen?

Oeffentliche Versammlung des Deutschnationalen Volksvereins in Köslin.

Eine eindrucksvolle und von großartigem Erfolg für die Deutschnationale Volkspartei gekrönte Versammlung fand am Donnerstag abend im Saale bei Zels (Grünstraße) statt, zu der sich die weiten Räume dieses Lokals bis auf den letzten Platz gefüllt hatten. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden des hiesigen Deutschnationalen Volksvereins, Dr. Zubke, mit einer kurzen die augenblickliche politische Lage und die Wahlvorbereitungen streifenden Ansprache eröffnet worauf zunächst der Syndikus der Handwerkskammer Mentzel-Stettin das Wort ergriff, der etwa folgendes ausführte:

Unser Vaterland befindet sich in einer seiner schwersten Schicksalsstunden und furchtbar sind die Gefahren, von denen es an seinen Grenzen und im Innern bedroht wird. Im Osten wird unserem Vaterlande Schritt für Schritt ein Stück Land nach dem anderen entrissen, und dies von einem Feind, der nur dem deutschen Wesen sein Dasein verdankt. In Berlin tobt der Bruderkampf weiter, und von Friede, Freiheit, Brot, von diesen drei Gütern, die uns die neue Regierung am Tage des Antritts ihrer Herrschaft so viel versprochen hat, haben wir bis heute noch nichts erhalten. Wir haben nicht die Freiheit erhalten, an die wir dachten und von den anderen Versprechungen die dem Volke so schön verheißen wurden, ist bis heute noch nicht eine einzige in Erfüllung gegangen. Hierunter hat der Mittelstand — Handwerker und Kleingewerbe sowie die kleineren Beamten — am meisten zu leiden, und der Zusammenbruch unter der neuen Regierung wäre schon längst erfolgt, wenn nicht der Beamtenstand und der Kleinbetrieb ihre ganze Kraft für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Betriebe eingesetzt hätten. Es ist festgestellt worden, daß gerade die Kleingewerbetreibenden — sei es in der Landwirtschaft, in Industrie und Handel, ebenso auch die einsichtsvolle Arbeiterschaft, selbst während der Kriegszeit nie versagt haben. Jetzt sind alle die, die ihre Werkstätten 1914 haben verlassen müssen, um das deutsche Vaterland vor den Einfällen unserer Feinde zu schützen, heimgekehrt, und was haben sie vorgefunden: leere Werkstätten und zum Teil vernichtete Existenzen, sie sind arm zurückgekommen und finden nichts vor, um ihren Betrieb wieder aufrichten zu können.

Der Redner betonte die Einrichtung der Kriegswirtschaftsstelle, die während des Krieges ins Leben gerufen worden ist, was helfe aber diese, wenn die Rohstoffe fehlen, die doch so außerordentlich nötig sind. Die Revolution hat eben alles über den Haufen geworfen und es muß als ein großes Verbrechen an dem Mittelstand bezeichnet werden, daß sich ein gewisser Teil durch Plünderung und Raub in der verwerflichsten Weise ( ) bereichert hat. Auch sonst ist dem Handwerker- und Mittelstand viel versprochen worden, jetzt fehlt es aber an allem, und die völlig unberechtigten Lohnforderungen, die jetzt von den Arbeitern gestellt werden, machen es den Handwerksbetrieben unmöglich, Aufträge anzunehmen und ausführen zu lassen. Hierin muß Wandel geschaffen werden, und die Lohnforderungen müssen unbedingt dem Wirtschaftsleben entsprechend aufgestellt werden, sonst kommen wir an den Abgrund, aus dem es keine Rettung gibt. Der Redner wies darauf hin, daß die großen Reedereien schon jetzt nicht mehr in der Lage sind, auch nur einen einzigen Auftrag zu erteilen, da durch die uferlosen Forderungen der Arbeiter die Kosten für die Herstellung eines Dampfers ins unerschwingliche gestiegen sind und Deutschland nicht in der Lage ist, mit Amerika zu konkurrieren, denn der Bau eines Dampfers soll hier fünf Millionen Mark kosten, den Amerika für 800 000 Mark fertigstellen kann; zudem hat Amerika bereits beschlossen, 17 Millionen Tonnen Schiffsraum neu zu bauen. Die Folge wird sein, daß die deutschen Arbeiter wieder nach Amerika auswandern werden müssen, um dort für die Amerikaner Handlangerdienste zu leisten (vorausgesetzt, daß sie dort angekommen und nicht mit Hohn und Spott abgewiesen werden. Anmerk. der Schriftl.) Wir gehen also der völligen Vernichtung entgegen, wenn nicht Wandel geschaffen wird, und hierzu soll die Nationalversammlung dienen, durch sie sollen Ordnung und Gesetz wieder anerkannt werden. Der Mittelstand ist ein Berufsstand, der gerade bei den Wahlen immer viel gebraucht und gesucht wurde, dem stets viel versprochen worden ist, wovon wenig gehalten wurde, denn während man in den Parlamenten bei Beratung von Fragen für Landwirtschaft, Handel und Industrie stets volle Häuser und das größte Interesse vorfand, wurden die Mittelstandsfragen zumeist vor leeren Bänken verhandelt. Man hat den Mittelstand nie genügend eingeschätzt, und auch dies muß anders werden. Der Redner ging auf die Programme der einzelnen Parteien näher ein, mit denen sie jetzt wieder vor die Wähler treten, und betonte, daß die Sozialdemokratie von ihrem Erfurter Programm noch nicht einen Schritt abgewichen ist. Jetzt will sie die Vergesellschaftung aller großen Betriebe, und zwar in einer Weise, die bestimmte Gewerbe nur allzubald völlig wird verschwinden lassen, zum Beispiel die Fleischer- und Bäckereibetriebe, die zuerst an die Reihe kommen sollen. Auch die Deutschnationale Volkspartei hat erkannt, daß gewisse Berufe, wie der Bergbau und die Straßenbahnen sehr gut verstaatlicht werden können, die Verstaatlichung jedoch auf alle Betriebe auszudehnen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Auch hält der Mittelstand an seiner selbst errungenen Selbständigkeit fest und wird sich diese nicht verstaatlichen lassen. Wenn der kleine Handwerker sich nur einigermaßen seine Selbständigkeit erhalten will, dann kann er gar nicht sozialdemokratisch wählen, er würde sich dadurch sein eigenes Grab graben. Für den Mittelstand ist die Zeit vorbei, sich nicht politisch zu betätigen, jetzt heißt es: hinein in die Partei, um etwas zu erreichen und sich die Partei zu verpflichten. Im großen und ganzen will man an die Forderungen des Mittelstandes noch nicht heran, denn bis heute besteht noch nicht ein selbständiges Handwerksministerium, während für Gewerbe und Industrie derartige staatliche Vertretungen vorhanden sind. Das Handwerk will aber gleichberechtigt sein, es darf mit seinen seit Jahrzehnten aufgestellten Forderungen nicht zurückgestellt werden, es muß immer wieder damit hervortreten, und es muß sich der Partei anschließen, die für das Handwerk eintritt und die sich auf seine Seite stellt, und hier kann für jeden Handwerker nur die Deutschnationale Volkspartei in Frage kommen. Der Redner hob sodann die Ideale der Vaterlandsliebe hervor, für die er allezeit einzutreten fest entschlossen ist, ebenso wie er auch für ein festes deutsches Christentum mit allen seinen Kräften eintreten wird. Jetzt kommt es darauf an, daß man Menschen mit einem festen Charakter findet, die nicht über Nacht umlernen, denn die alten Ideale sind noch nicht alle abgewirtschaftet sie sind noch nicht alle erloschen, deshalb müssen alle, die ein Herz für unser liebes teures jetzt so schwer darniederliegendes Vaterland haben, daran mitarbeiten, ein herrliches deutsches Vaterland zu errichten, das in der Welt seinen Platz behaupten kann.

Gott mit uns, sei die Parole!

Brausender Beifall lohnte dem Redner für seine sachlichen und vorzüglichen Ausführungen, dem auch der Vorsitzende, Dr. Zubke, den Dank des Vereins aussprach. Sodann stellte sich der zweite Redner des Abends, Professor Dr. Kähler aus Greifswald, der Versammlung vor. Der Redner stellte zunächst fest, daß anstelle der früheren persönlichen Beziehungen zwischen Abgeordneten und Wählern ein unpersönliches Verhältnis derselben zur Partei getreten sei; darauf sprach er seine Freude über das sachliche, ruhige Verhalten in den hiesigen Wahlkämpfen aus, das einen angenehmen Gegensatz zu dem in anderen Gegenden üblichen Toben bilde und der Ausdruck der Ueberzeugung sei, daß ja alle Parteien das Beste des Vaterlandes, wenn auch auf verschiedenen Wegen, erstrebten! Um so mehr sei eine solche Entgleisung zu bedauern, wie der den Deutschnationalen von der Deutschen Volkspartei gemachte Vorwurf, daß die Deutschnationale Partei die alte konservative Partei in neuer Aufmachung sei und letzten Endes nur den Spartakusleuten nütze. Dieser Vorwurf sei ganz unberechtigt; die Revolution habe alle Parteien umlernen lassen; die Deutschnationale Partei sei keine aufpolierte alte Gruppe sondern neues Fleisch und Blut, wenn sie auch freilich frühere Mitglieder alter Gruppen nicht zurückweise. Die führenden Männer seien tüchtig, so wie Redner, der nie konservativ gewesen sei und nur seiner wissenschaftlichen Arbeit — der Volkswirtschaft — gelebt habe und nie konservativ werden würde. Er habe längst eine Neuordnung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande und eine Aenderung der Dienstbotenordnung auf Grund seiner Forschungen befürwortet, freilich nicht eine mechanische Aufhebung der Gesindeordnung, wie sie jetzt erfolgt sei, ohne etwas Besseres zu bringen. Weitere Arbeiten von ihm seien dem internationalen Arbeiterschutz gewidmet, denn dieser müsse in allen Ländern eingeführt werden, nicht nur bei uns, um eine einseitige Belastung der deutschen Industrie zu vermeiden. Zehn Jahre lang habe er für Arbeiter-Hochschulkurse gewirkt! Durch seinen Verkehr mit den Arbeitern und mit den Feldgrauen, die er als Bataillonskommandeur und Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse geführt, habe er Erlebnisse gehabt, die ihm den Glauben an sein Volk erhielten, trotz dessen jetziger schauerlicher Verirrung. Jetzt sei es Pflicht der Freunde des Vaterlandes, den Sozialismus zu bekämpfen; wir stellen uns zwar hinter jede Regierung, die Ordnung hält, aber die Obrigkeit müsse das Schwert führen, damit wir wieder zur Macht kommen und nicht sogar Banden von aufrührerischen Polen und Arbeitern gegenüber wehrlos seien! Wir seien ferner idealistisch, glaubten nicht wie die Sozialdemokraten, daß der Mensch nur ein Produkt der Verhältnisse sei, sondern erstrebten die Entwickelung des Volkes nach vom Christentum beleuchteten Idealen. Das Christentum sei nicht Privatsache, sondern Sache des Volkes. Der Staat müsse der Kirche, der großen Volkserzieherin, die Existenz sichern, und sie von dem Wohlwollen der Gemeinden unabhängig machen!

Wir wollten endlich wirtschaften, das heißt den Höchstertrag aus unseren Rohstoffen herausholen; während die Sozialdemokratie sinnlos unsere Güter verschleudere und uns unfähig machen werde zur Bezahlung unserer Schulden und Erholung von unseren Lasten.

Wer durch die Partei für das Vaterland im Sinne des Redners wirken wolle, der solle seine Stimme für die Deutschnationale Volkspartei abgeben.

In der sich nunmehr anschließenden Aussprache versuchte zunächst der Vorsitzende der hiesigen demokratischen Partei, Lehrer Kasten, das „Berliner Tageblatt" erfolglos von den Schößen seiner Partei abzuschütteln. Der zufällig anwesende Eisenbahnobersekretär Schmidt, Kandidat der Deutschnationalen Volkspartei, trat ihm entgegen, er bezeichnete den früheren Freisinn, die jetzigen Demokraten, als gehorsame Diener des Großkapitals, der Mosse, Dernburg, Rathenau, hob die treue, selbstlose Arbeit der im Gegensatz zu den sozialistischen Schwerverdienern schlecht bezahlten Eisenbahner und Beamten hervor und bewies, daß nur die Rechtsparteien ein Herz für die Beamten gezeigt hätten und es jetzt durch Aufstellung von Beamten als Wahlkandidaten wieder zeigten.

Studienrat Labs von der Deutschen Volkspartei führte aus, daß uns der Kampf gegen den sozialistischen Gedanken eine, daß nicht die Deutschnationalen, sondern die verflossenen Konservativen in dem bekannten Flugblatt beschuldigt seien, letzten Endes für die Spartakusleute gearbeitet zu haben; er entschuldigte das schlechte Deutsch des Flugblattes, an dem er selbst mitgearbeitet habe.

Nach einer kurzen Polemik des Lehrers Kasten gegen den Eisenbahnobersekretär Schmidt trat ein Redner auf, der die Anwesenden wiederholt zu stürmischem Beifall fortriß, ein Hauptmann von Michaelis, der bisher auch nie einer Partei beigetreten war. Er tadelte die Unordnung, das mangelnde Nationalgefühl, die früheren und jetzigen Staatslenker, die die Zügel am Boden schleifen ließen und schlapp gegen Deserteure und Meuterer an der Front, sowie gegen Streiker in der Heimat gewesen sind. Er pries Hindenburg und die treuen Frontsoldaten, die ihre Pflicht bis zuletzt getan haben. Er beklagte, daß die Bethmänner die Ideale heruntergerissen und den Krieg zu einer Magenfrage gemacht haben. Nicht die Alldeutschen, sondern das „Berliner Tageblatt" hätte die ganze Welt gegen uns aufgebracht. Wenn wir durchgehalten hätten, wie die Franzosen, so hätte kein Feind den heimischen Boden betreten. (Bravo!) Jetzt sei das Heer zertrümmert, die Regierung rufe zum Grenzschutz auf, biete Geld, aber nicht Ordnung und Ehre! Er wolle kein Geld, sondern Disziplin! Ihm seien die Parteien zu weichlich; Spartakus werde nicht so rücksichtsvoll sein, wenn seine bewaffneten Verbrecher zur Herrschaft kömen. Redner forderte zur Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei auf, die für Großdeutschland kämpfe. Von

tosendem Beifall umwogt, trat der Redner ab und zeigte, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen.

Handwerkskammer-Syndikus Mentzel schilderte noch, wie ein zwanzigjähriger Soldatenrat sich die frühere Ordnung verdreht vorgestellt habe, und nach einigen Bemerkungen des Eisenbahnobersekretärs Schmidt und Professors Dr. Kähler fand die großartige Versammlung ihren Abschluß. Sie hat wohl jedem Teilnehmer bewiesen, daß wir zu des Vaterlandes Heil und Größe nur für eine Partei unsere Stimme abgeben können:

für die Deutschnationale Volkspartei!

Die Machtprobe in Berlin.

a. Berlin, 11. Januar. Die letzten Kämpfe haben trotz ihrer Schwere den Regierungstruppen keinen besonderen Erfolg gebracht. Eine mit vierzig bis fünfzig Maschinengewehren ausgerüstete Stellung mit Erfolg anzugreifen, ist gewiß auch keine leichte Sache, dabei wissen sich die Verteidiger auf geheimnisvolle Weise mit Lebensmitteln zu versorgen, und man sieht oft, wie sie über die Dächer hinweg halsbrecherische Wege unternehmen. Inzwischen überlegt die Regierung, trotz der Unversöhnlichkeit ihrer Gegner, wie sie den Aufruhr ohne weiteres Blutvergießen unterdrücken könnte. Die Aussichten sind natürlich sehr gering, denn der Widerstand ist überreichlich mit russischem Gelde geschürt. Bolschewistische Agenten, von denen bereits einige verhaftet sind, organisieren vor allem den Widerstand der im Polizeipräsidium versammelten Verbrecherwelt. Andererseits liegen von der deutschen Waffenstillstandskommission derartig ernste Nachrichten vor, daß die Regierung wohl oder übel eine schleunige Lösung finden muß. Das hat auch eine Freitag abgehaltene Eisenbahner-Versammlung bewiesen, die unter Androhung der Betriebseinstellung von der Regierung ein Ende des spartakistischen Terrors verlangt, während von der anderen Seite mit einer Absperrung der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke gedroht wird, wenn die Krisis nicht im spartakistischen Sinne, d. h. durch den Rücktritt der Mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten zu Gunsten der Spartakisten und Unabhängigen gelöst wird. Trotz alledem beharrt die Regierung in Unschlüssigkeit, sie hat sogar einen Konflikt mit ihren Truppen heraufbeschworen. Die Ursache ist ein in der vorletzten Nacht erlassener angeblicher Befehl der Regierung, vorläufig nichts gegen Spartakus zu unternehmen. Infolgedessen unterblieb auch der für 11 Uhr nachts angesetzte und bis in alle Einzelheiten vorbereitete Angriff auf den noch immer vom Spartakus besetzten „Vorwärts". Hierüber herrscht bei den Truppen große Erbitterung, die Freitag der Regierung erklären ließen, sie seien keine Schützenfestsoldaten. Da die Regierung auch nicht einmal für die Verpflegung der Truppen gesorgt hatte, sind tatsächlich einzelne Truppenteile bereits wieder abgerückt. Seit Freitag abend haben Potsdamer Regimenter die Entsetzung des „Vorwärts" in Angriff genommen. Die Kämfe dauern noch fort. Im übrigen haben die viertägigen Straßenkämpfe im Berliner Zeitungsviertel, bei denen besonders das Haus Mosse in Mitleidenschaft gezogen worden war, einen vorläufigen Abschluß gefunden. Freitag abend wurde ein vorläufiger Waffenstillstand geschlossen, um den Geschäftsleuten jener Gegend Gelegenheit zu geben, ihre Geschäfte zu öffnen. Nach Mitteilung des „Vorwärts" beträgt die Zahl der Toten bis Freitag 180 Personen. Selbstverständlich waren auch wieder die tollsten Gerüchte aufgetaucht. Wir geben sie, ohne für ihre Richtigkeit einzutreten, nur des Interesses halber wieder: Ebert und Scheidemann sollen abgedankt haben, Liebknecht soll ermordet sein.

Millionenverluste eines Spartakus-Tages.

Wie durch den Bürgerkrieg im Handumdrehen Millionenwerte verschleudert werden, wie unsere gesamte deutsche Volkswirtschaft durch den Ausfall eines einzigen Arbeitstages einen Streich empfangen kann, von dessen Folgen sie sich im Wettbewerbe mit übermächtigen Gegnern vielleicht nie wieder zu erholen vermag, dafür liefert der „Spartakus-Montag" in Berlin ein Beispiel von beängstigender Beweiskraft.

Nach einer ungefähren Schätzung nämlich haben in Berlin am Montag gegen 1½ Millionen Menschen gefeiert. Bei Annahme achtstündiger Arbeitszeit wären demnach 10 Millionen Arbeitsstunden verloren gegangen. Das käme der Jahresleistung eines bekannten halleschen Kohlenwerkes gleich, das in Friedenszeiten 5¾ Millionen Mark Reingewinn erzielte und außerdem seinen fünftausend Angestellten über 5 Millionen Mark jährlich an Kriegsfürsorge gewährte. Drastischer kann die Sinnlosigkeit des politischen Streiks und des Faulenzens in ernsten Schicksalsstunden eines schwer geprüften Volkes nicht gekennzeichnet werden! Wohl mag man einwenden: Berlin ist noch nicht Deutschland, allein Groß-Berlin, die Dreimillionenstadt, ist nach wie vor die Hauptstadt des Deutschen Reiches, auf die die Blicke unserer Feinde gerichtet sind; und das Beispiel Berlins hat, wie der Spartakusstreik in Stuttgart lehrte, bereits Anklang in anderen deutschen Städten gefunden. Darum kann die Mahnung zu treuer Pflichterfüllung nicht eindringlich genug erhoben werden. Jeder Deutsche, welchem Berufe er auch angehört, muß bedenken, daß jetzt der Kampf um unsere wirtschaftliche Existenz in einem Maße wie wohl noch niemals in der Weltgeschichte entbrannt ist, und daß damit zugleich jedem einzelnen von uns die allgemeine Gefahr persönlich nahegerückt ist: Arbeiten, fleißig sein, das soll und muß uns allen als Losung dienen, wenn anders wir überhaupt noch Anspruch darauf erheben wollen, als deutsches Volk von unseren Gegnern geachtet zu werden!

Freiwillige vor! — Gegen den Bolschewismus.

Ueberall regt sich der Widerstand gegen den Terror der Spartakusse. Außer dem Bürgerrat ruft das Freikorps Hülsen Freiwillige zu den Waffen. Ihnen schließt sich das Jäger-Regiment zu Pferde 2 mit einem Aufruf an, in dem es u. a. heißt: Es geht nicht um die Regierung Ebert-Scheidemann. Es geht um unendlich viel mehr. Es handelt sich vielleicht um den letzten Versuch, zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Dazu müssen alle geschulten Kräfte zur Verfügung stehen.

Das 3. Garde-Regiment regierungstreu.

Die vom Spartakusbund besetzte Kaserne der Garde-Pioniere in der Köpenickerstraße und das Proviantamt wurden durch das 3. Garde-Regiment zurückerobert. Die Pioniere stellten sich unter das Kommando des 3. Garde-Regiments, das geschlossen hinter der Regierung und auf dem Boden der Nationalversammlung steht, es hat sich einen Führer selbst gewählt, unter dessen Kommando zahlreiche Offiziere einig mit ihren Soldaten und ohne Rangabzeichen für die Regierung kämpfen. Zur Sicherung von Freiheit und Ordnung werden bei dem Regiment noch Freiwillige eingestellt, die aufgefordert werden, sich zu melden.

Die Berliner Arbeiter besinnen sich.

Auch derjenige Teil der Berliner Arbeiterschaft, der bisher hinter Ledebour und zum Teil auch hinter Liebknecht stand, ist zu der Einsicht gekommen, daß genug Bruderblut geflossen und genug Selbstzerfleischung geübt worden ist. Die Arbeiterräte der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik die bekanntlich fast 16 000 Arbeiter beschäftigen, veröffentlichen folgende von allen Arbeitern des Kugellagerwerks gefaßte Entschließung:

„Die Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken steht auf dem Standpunkt, daß der Bruderkrieg nunmehr lange genug getobt hat und nicht länger mehr fortgesetzt werden darf. Die Arbeiterschaft hat den festen Willen, sich über die Köpfe ihrer Führer hinweg die Bruderhand zu reichen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß endlich wieder Ruhe und Ordnung eintreten und uns ein menschenwürdiges Dasein erkämpft wird. Die Arbeiterschaft verlangt, daß sämtliche Führer sofort zurücktreten, um anderen, nicht kompromittierten Führern Platz zu machen.

Sollte bis zum Sonnabend, 11. Januar, keine Einigung erzielt sein, so wird die Arbeiterschaft am Montag, 13. Januar, die Arbeit geschlossen wieder aufnehmen. Genossen aller Betriebe! Schließt euch einmütig unserm Vorgehen an! Die Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Kugellagerwerk.

Funktionäre Zimmermann, Witthöft."

Diesem Vorgehen haben sich bereits andere Fabriken angeschlossen, und in mehreren Großbetrieben Berlins sind ähnliche Beschlüsse gefaßt worden. So hat eine Massenversammlung, die im Humboldthain von über 40 000 Arbeitern und Arbeiterinnen der A. E. G. und der Schwartzkopffwerke abgehalten wurde, den Beschluß angenommen, eine Einigung zwischen den Arbeitern aller Richtungen herbeizuführen, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen.

Es wurde eine Kommission von acht Personen gewählt, bestehend aus Anhängern aller Richtungen, und zwar Mehrheitssozialisten, Unabhängigen, revolutionäre Obleute und Spartakusbund, die sich zur Regierung begab, um ihr die Wünsche der Arbeiterschaft zu unterbreiten. — Des weiteren haben sich die Arbeiterräte der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen dahin verständigt, daß, um dem Blutvergießen auf den Straßen ein Ende zu machen, die Arbeiterschaft ohne Einwilligung der Arbeiterräte und der Betriebsräte nicht mehr an Demonstrationen teilnehmen sollen.

Wenn die Alliierten einmarschieren . . .

Aus Köln wird berichtet, daß dort die Besatzungstruppen der Entente den 12-Stundentag eingeführt und 60 Pfennig Stundenlohn als Norm festgesetzt haben. Das Streiken ist verboten. Wer sich weigert, unter den festgesetzten Bedingungen Arbeit anzunehmen, wird militärisch festgenommen und in das ehemalige Kampfgebiet in Nordfrankreich abtransportiert, um dort zwangsmäßig an der Wiederherstellung des Landes zu arbeiten.

Das tolle Wüten der Spartakusse in Berlin bringt uns die Gefahr eines Vormarsches der Ententetruppen auf deutsches Gebiet in unmittelbare Nähe. Dann müssen unsere Arbeiter unter den harten Fäusten des Siegers sich ducken und zur Fronarbeit abtransportieren lassen. Das wäre schließlich der traurige Erfolg des Gesindels, das jetzt Deutschland in Terror, Zerrüttung und Anarchie zu stürzen sich bemüht.

Wie Radek in Berlin hetzt.

Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands erläßt folgende Erklärung:

Der in Berlin weilende Radek hat die aufständischen Spartakusleute ermahnt, auszuhalten, bis russische Truppen hereinkämen. Der Soldatenrat der 10. Armee würde die Russen durchlassen. Von der Ostfront wird uns mitgeteilt, der Durchmarsch der Russen sei ganz ausgeschlossen. Kein Soldatenrat duldet ein Einmischen der russischen Truppen in unsere revolutionären Kämpfe. Die Behauptung Radeks ist sinnlos und eine Beleidigung des deutschen Proletariats, dessen Söhne an der Front stehen.

Rundschau.

Der Völkerbund auf der Friedenskonferenz.

Der Amsterdamer „Telegraaf" meldet aus London: Wie die „Times" berichtet, ist das Ergebnis der Beratungen Wilsons mit den Alliierten, daß der Völkerbund den ersten Punkt des Programms der Friedenskonferenz bilden soll. Es soll eine besondere Kommission aus den Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse der Alliierten gebildet werden, die das Schema für eine über alle Nationen stehende Behörde ausarbeiten soll. Der Kern dieser Behörde soll aus dem Verband der alliierten Kriegsräte bestehen, deren schon beschlossene Auflösung um einige Monate verschoben wird. Dieser Alliierten-Kommission soll ein Ausschuß von Finanzsachverständigen angegliedert werden, der die infolge des Krieges entstandene allgemeine Finanzlage zu beraten habe, ebenso über die von dem Feind zu entrichtenden Kosten der Wiederherstellung und Entschädigung. Allgemein wird dafür gearbeitet, daß eine Konsolidierung und Regelung der gegenseitigen Finanzverpflichtungen unter den Alliierten erfolgt. Das Problem wird für unlösbar erklärt, wenn nicht Vorkehrungen für die Amortisierung dieser Verpflichtungen getroffen werden, was nur durch eine Einschränkung der Rüstungen geschehen könnte.

Polnische Anmaßung in Posen.

Der polnische Oberste Volksrat erläßt eine Bekanntmachung, in der er zur Kenntnis bringt, daß durch die Macht der Ereignisse der letzten Tage sowohl die Regierungs- als auch die Militärgewalt auf die Polen übergegangen ist. Die bisherigen Behörden hätten sich außerstande erklärt, Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist machtlos, die Unordnung nimmt zu. Deshalb hat der polnische Oberste Volksrat die Leitung der Regierungs- und Militärangelegenheiten übernommen. Die endgültige Regelung der polnischen Frage ist dem Friedenskongreß zu überlassen.

An diese Bekanntmachung schließt sich eine längere Verordnung des polnischen Obersten Volksrates an, die so recht kennzeichnet, daß die Polen die Herren der Provinz Posen sind oder sich wenigstens als solche fühlen. Der Erguß des polnischen Obersten Volksrats ist ein Hohn auf das Deutsche Reich, dessen Machtlosigkeit nicht schärfer gekennzeichnet werden kann, als durch den anmaßenden Schlußsatz, daß nur die Unterordnung aller unter das polnische Regiment vor Unordnung und Anarchie bewahren kann.

Westposens Not.

Der Deutsche Volksrat Westposens veröffentlicht folgenden Aufruf:

Einen großen Teil der Provinz Posen haben die Polen unter ihre Verwaltung gebracht. Die Gefahr ist groß, daß auch den übrigen, rein deutschen Gebieten der Provinz das gleiche Schicksal zuteil wird. Darum wendet sich der Deutsche Volksrat Westposens an alle waffenfähigen deutschen Männer und Jünglinge Alldeutschlands mit der Bitte um Unterstützung in der Abwehr polnischen Uebermuts. Wohl hat der Aufruf zur Bildung Freiwilliger in unserer bedrohten Heimat schöne Erfolge gezeitigt, doch fehlen uns noch viele Kräfte zu erfolgreicher Abwehr. Darum, deutsche Brüder, tretet ein in unsere Reihen, helft schützen deutsches Land vor slawischer Ueberflutung und bewahrt unsere Frauen und Kinder vor den Roheiten fanatischer Horden! Doppelt hilft, wer schnell kommt! — Außer freier Verpflegung erhält jeder Freiwillige täglich eine Mark Löhnung und fünf Mark Zulage.

Meldungen an das Ersatz-Bataillon Regiment Nr. 37 in Meseritz oder an das Generalkommando des fünften Armee-Korps in Frankfurt an der Oder.

Spartakus gegen den Schutz der Ostgrenze.

Als in Bochum sich Mittwoch vormittag 70 Angehörige des Freiwilligen-Bataillons aus dem Stadt- und Landkreise zur Abfahrt nach dem Osten versammelt hatten, fuhr plötzlich ein Auto vor, dem ein Abgesandter des Münsterischen General-Soldatenrats, ein Marine-Soldatenrat entstieg. Dieser erklärte: Leute, geht ruhig wieder nach Hause, die Abfahrt erfolgt nicht. Der General-Soldatenrat hat über Nacht beschlossen, daß die Aufstellung des westfälischen Freiwilligen-Bataillons nicht erfolgen soll. Nach dieser Mitteilung erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Der Abgesandte erklärte weiter, die Aufstellung des Bataillons sollte unterbleiben, weil die alte Kamarilla nur wieder ein Heer haben wolle. Wenn die Abfahrt dennoch erfolge, werde man sie durch Waffengewalt zu verhindern suchen. Es fanden schließlich Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß die Fahrt der Freiwilligen unmittelbar nach Frankfurt an der Oder erfolgen solle.

Eine Bartholomäusnacht im Baltikum.

Der bisherige deutsche Gesandte im Baltikum, Herr Winnig, teilt folgendes mit:

In Riga und den übrigen von den Bolschewisten besetzten Teilen Livlands und Kurlands herrschen äußerst schlimme Zustände. Nach dem Einrücken der Bolschewisten haben die örtlichen Bolschewisten und bolschewistischen Truppen unter der einheimischen Bevölkerung, insbesondere unter den Deutsch-Balten und unter den dort gebliebenen deutschen Reichsangehörigen eine Bartholomäusnacht veranstaltet. Verhaftet sind auch die drei Herren der deutschen Gesandtschaft, die im Vertrauen auf die Exterritorialität zurückgeblieben sind. Ihre amtlichen Gelder in Höhe von einer halben Million sind beschlagnahmt.

In Tukkum und einigen anderen Orten ist man den Balten ebenso verfahren. Die Deutsch-Balten und auch die Letten und andere Personen wurden verhaftet, die in der deutschen Gesandtschaft während der Okkupationszeit gearbeitet haben. Ein Beweis, daß die Bolschewisten die Exterritorialität unserer Gesandtschaft nicht respektiert haben und sich über alles Völkerrecht hinwegsetzen.

Arbeiterunruhen in England.

Aus London wird gemeldet: Die Arbeiter- und Soldatenunruhen in England gehen weiter. Zwar ist der Eisenbahndienst nicht vollkommen gestört, aber auf großen Strecken liegen alle Verbindungen still. Es wurden in mehreren militärischen Zentren Versammlungen von Soldaten abgehalten, die eine Beschleunigung der Demobilisation verlangen, und die sich weigern, jetzt noch an die Front zu gehen. In den meisten Fällen haben ihre Führer die Erfüllung ihrer Wünsche versprochen oder auf eigene Faust Maßnahmen zur Beschleunigung der Demobilisation getroffen. Der Kriegsminister Lord Milner ist in ständiger Konferenz mit Sir William Robertson, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte in England. Lloyd George, der bekanntlich in Urlaub war, ist nach London zurückgekehrt und widmet sich dort der Demobilisationsfrage.

Die britische Admiralität teilt mit, daß als Ergebnis einer vorläufigen Untersuchung die Notwendigkeit festgestellt wurde, gewisse Aenderungen bei den Löhnen der Matrosen und Offiziere vorzunehmen. Es wird eine neue Kommission ernannt unter dem Präsidium von Sir Martin Jellram, welche in England und außerhalb des Landes Informationen über diese Frage sammeln wird.

Aus den politischen Parteien.

Beamten-Versammlung der Deutschen demokratischen Partei.

Einen für die demokratische Partei ziemlich kläglichen Verlauf zeigte gestern nachmittag die Versammlung der demokratischen Partei, die von ihr für den mißglückten Versuch, die Beamtengewerkschaft als „Vorspann" für sich zu benutzen, einberufen war. Der Saal war nicht ganz gefüllt und der Berufsberater Lockenvitz aus Stettin bemühte sich, wie man ihm zugeben muß, in objektiver, wenn auch ziemlich farbloser Weise, die Wünsche der Beamten vorzutragen. Nicht einverstanden kann man damit sein, daß er den Beamten das Streikrecht zubilligte, wodurch sie sich mit den Arbeitern gleichstellen würden und natürlich auch auf die Vorrechte des Beamtenstandes verzichten müßten. Telegraphenobersekretär Schulz stellte verschiedene Ausführungen des demokratischen Wahlkandidaten richtig und rechnete zum Schluß in glücklichster Weise mit den Demokraten ab, indem er ihnen klar nachwies, daß sie den „Gimpelfang", den sie in einem gehässigen Flugblatt anderen Parteien vorwürfen, dadurch betreiben wollten, daß sie den Vorsitzenden des Allgemeinen Beamtenbundes, Berufsberater Lockenvitz, in ihre Partei als Wahlkandidaten aufgenommen hätten. Der Beamtenbund müsse sich ganz energisch dagegen verwahren, daß in ihm Parteipolitik getrieben, und ein Vertreter des Beamtenbundes Vertreter einer bestimmten politischen Partei würde. Selbstverständlich wäre die Vertretung der Beamtenschaft in den Parlamenten nur dadurch zu lösen, daß in möglichst allen Parteien Beamtenvertreter gewählt würden, die in Beamtenfragen in den Parlamenten zusammengingen. Beamtenpolitik sei nunmermehr Parteipolitik! Reicher Beifall der überwiegenden Mehrheit der Versammlung lohnte den Ausführungen. In ähnlicher Weise sprach auch ein anderer Vertreter der Beamten der Eisenbahnbehörde sich aus. Die Anwesenden schieden mit dem Bewußtsein, daß die demokratische Partei durchaus nicht die Fähigkeit, allein Beamten-Interessen zu vertreten, gepachtet habe und werden die Quittung hierauf am 19. und 26. Januar wohl erteilen.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 11. Januar 1919.

Zum 12. Januar: Sonnenaufgang 8,09. Sonnenuntergang 4,08. Mondaufgang 12,32. Monduntergang 4,06.

Etwas kühler, vorwiegend trübe, neblig, ohne erhebliche Niederschläge.

— **Was ist „Nationalversammlung"** und was ist „Preußische Landesversammlung", darüber sind sich viele Wähler immer noch nicht klar, und denken, daß sie entweder am 19. Januar oder am 26. Januar wählen können. An beiden Tagen muß gewählt werden und zwar am 19. Januar zur Nationalversammlung — entsprechend dem früheren Reichstage — und am 26. Januar zur Preußischen Landesversammlung — entsprechend dem früheren Abgeordnetenhause —. Pflicht eines jeden Wählers und jeder Wählerin ist es, an beiden Tagen zu wählen. Wählen können alle männlichen und weiblichen Personen, die zwanzig Jahre alt sind und in den Wählerlisten stehen.

— **Theater.** Am kommenden Sonntag, dem 12. Januar, wird das Pommersche Wander-Theater, das zurzeit in Kolberg Vorstellungen gibt, hier im Lüdtkeschen Saal ein Gastspiel veranstalten und das Schauspiel „Und die Liebe höret nimmer auf" zur Aufführung gelangen lassen. Das dreiaktige Schauspiel ist dem gleichnamigen Roman der bekannten Schriftstellerin Fr. C. Mahler entnommen und wird mit seinem teils heiteren, teils ernsten Inhalt als wertvolle Gabe fürs Volk bezeichnet. — Der Vorverkauf findet in dem Geschäft von Bernhard Lange, Markt Ecke, statt.

— **Konzertnachricht.** Ueber das Konzert Arnold Földesy am Montag, dem 13. Januar, schreibt man uns: Der Künstler ist auch in Köslin kein Fremder mehr. Vor einigen Jahren schon konnten wir seiner Kunst in einem Konzert des Konzertvereins lauschen. Seit dieser Zeit hat sich sein schon damals auf der Höhe stehender Vortrag noch bedeutend verbessert, und er ist zu den allerersten seines Faches jetzt zu rechnen. Der Berliner Börsen-Courier schreibt bei einem Konzert in der Philharmonie unter anderem Folgendes: Seine Technik muß als im höchsten Grade „virtuos" bezeichnet werden. Sie überwindet spielend alle Schwierigkeiten. Rechnet man dazu die schlackenlose Tongebung und den temperamentvollen, gut musikalischen Vortrag, so versteht man den Aufstieg Földesys im allgemeinen ebensowohl, wie man einstimmen konnte in den lebhaften Beifall, den seine Leistung lohnte. Die Leistungen seines Begleiters, Professor Ernst Grosz aus Königsberg hatten wir bei dessem letztenHiersein im Oktober vorigen Jahres gewürdigt, sodaß wir auf dessen Kunst nicht näher hinzuweisen brauchen.

—gr. **Kolberg. Hausverkäufe.** Der Zahntechniker Karl Krell verkaufte sein Haus Marienstraße 5, Ecke Schlieffenstraße, an den Uhrmacher Karl Neitzel, hier. Die Uebergabe ist bereits erfolgt. — Das Geschäftsgrundstück Pottlerstraße 1, dem Kaufmann Stadtrat Max Richnow gehörig, erwarb der Kaufmann Siegfried Klein von hier, Inhaber des bekannten alten Konfektionsgeschäfts Steintorplatz 1. Der Kaufpreis beträgt angeblich 80—85 000 Mark.

— **Falkenburg. Terror des Arbeiter- und Soldatenrats.** In unserer Stadt hat der Arbeiter- und Soldatenrat in seiner „Kraft als öffentliche Behörde" durch eine amtliche Bekanntmachung sämtliche öffentliche Versammlungen verboten, weil den Kreisvorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Schmorl-Dramburg in der am 6. Januar stattgefundenen öffentlichen Versammlung nur eine Redefrist von fünf Minuten Dauer zugestanden worden war. Da um ½10 Uhr die Gassperre eintrat, war es der Versammlungsleitung nicht möglich, nach dem Vortrag des Hauptredners eine längere Diskussionsrednerfrist zu gewähren. Die betreffende Versammlung war von den Sozialdemokraten gesprengt worden.

Pyritz. Vom Zuge überfahren. Auf der Kleinbahnstrecke Pyritz-Kleinschönfeld zwischen Pyritz-Repenow wurde die Leiche eines vom Zuge überfahrenen jungen Mannes gefunden. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. — **Folgen der Kohlennot.** Nachdem es der hiesigen Gasanstalt bisher gelungen war, zur Aufrechterhaltung des Betriebes die nötigen Kohlen zu erhalten, ist der Kohlenvorrat jetzt völlig erschöpft, so daß der Betrieb gänzlich hat eingestellt werden müssen. Auf der Kreisbahn müssen aus gleichem Grunde mehrere Züge aus dem Verkehr gezogen werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Lipski, für den Anzeigenteil: Max Spang. Druck und Verlag der Fürstentumer Zeitung, A.-G. Sämtlich in Köslin.

Bekanntmachung.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung

finden am

Sonntag, dem 19. Januar 1919,

von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends

statt.

Zur Ausführung dieser Wahl haben wir den Gemeindebezirk der Stadt Köslin in 14 Wahlbezirke eingeteilt.

Der 1. Bezirk umfaßt:

Bahnhof-, Buchwald-, Feldstraße, Grüner Weg, Körlinerstraße, Neuetor-Vorstadt-Ausbau. Zimmerstraße

Wahllokal: Schumachers Hotel, Neuetorstraße 53.

Wahlvorsteher: Winkler, Arthur, Lyzealdirektor, Buchwaldstraße 28.

Stellvertreter: Döge, Emil, Werkmeister. Grüner Weg 6.

Der 2. Bezirk umfaßt:

Brauergasse, Eisenbahn-, Neuetor-, Quebbestraße, Runder Teich, Tischlergasse, Am Trunich.

Wahllokal: Wintergarten — Inhaber Otto Pieper — Neuetorstraße 27.

Wahlvorsteher: Litten, Paul, Kaufmann, Neuetorstraße 55.

Stellvertreter: Pleger, Emil, Arbeiter, Neuetorstraße 32.

Der 3. Bezirk umfaßt:

Große Bau-, Kleine Bau-, Mauerstraße, Rittergasse, Ritter- und Rosmarinstraße.

Wahllokal: Fassers Gasthaus, Neuetorstraße 10, Eingang Große Baustraße.

Wahlvorsteher: Flister, Franz, Kaufmann, Kleine Baustraße 1.

Stellvertreter: Reinfeld, Franz, Tischler, Große Baustraße 47.

Der 4. Bezirk umfaßt:

Ackerstraße, Gohrbander Weg, Jamunder-, Mühlentorstraße, Nikolaiplatz, Zanowerstraße.

Wahllokal: Gasthaus zum Löwen — Inhaber Albert Hoffmeister — Mühlentorstraße 30.

Wahlvorsteher: Dr. Brummund, Paul, Rechtsanwalt, Mühlentorstraße 8,

Stellvertreter: Berthold, Arthur, Buchbinder, Mühlentorstraße 55a.

Der 5. Bezirk umfaßt:

Bach-, Fabrik-, Kopfbergstraße, Mühlentor-Vorstadt-Ausbau.

Wahllokal: Pribbernows Gasthaus, Fabrikstraße 18.

Wahlvorsteher: Trenschel, Hermann, Papierfabrikdirektor, Fabrikstraße 79.

Stellvertreter: Rietz, Emil, Tischler, Fabrikstraße 52.

Der 6. Bezirk umfaßt:

Gerberstraße, Kampitraße, Kaoelungen Weg.

Wahllokal: Herberge zur Heimat, Gerberstraße 18.

Wahlvorsteher: Schwerdtfeger, Reinhold, Lehrer, Kampstr. 21.

Stellvertreter: Fischer, Reinhold, Maurer. Kaoelungenweg 35.

Der 7. Bezirk umfaßt:

Danziger-, Eisenhart-Rothe-, Eisenstraße, Friedrich-Wilhelms-Vorstadt-Ausbau, Lindenstraße.

Wahllokal: Knabenschule, Moritzstraße, Zimmer Nr. 8.

Wahlvorsteher: Strahl, Wilhelm, Stadtverordnetenvorsteher, Danzigerstraße 11/15.

Stellvertreter: Brose, Erich. Rentner, Danzigerstraße 59a.

Der 8. Bezirk umfaßt:

Badgasse, Füsilierstraße, Hospital-, Moritz-, Post-, Saltzmann-, Schützenstraße, Schwarzer Berg, Seminar-, Teich-, Teßmar-, Virchowstraße, Wasserwerk.

Wahllokal: Knabenschule, Moritzstraße, Zimmer Nr. 6.

Wahlvorsteher: Hübener, Friedrich, Seminardirektor, Poststraße 16.

Stellvertreter: Mews, Willibald, Zimmerer, Schützenstraße 24.

Der 9. Bezirk umfaßt:

Badstüber-, Berg-, Friedrichstraße, Friedrich-Wilhelms-Platz, Junker-, Schloß-, Wallstraße.

Wahllokal: Lüdtkes Gasthaus — kleiner Saal — Bergstraße 39.

Wahlvorsteher: Timm, Heinrich, Justizrat, Bergstraße 55.

Stellvertreter: Baumann, Emil, Geschäftsführer, Junkerstr. 27.

Der 10. Bezirk umfaßt:

Gerverstraße, Rogzower Allee.

Wahllokal: Brombys Gasthaus, Rogzower Allee 47.

Wahlvorsteher: Sawallich, Hermann, Oberpostsekretär, Rogzower Allee 31.

Stellvertreter: Schimmel, Wilhelm, Maurer, Rogzower Allee 54.

Der 11. Bezirk umfaßt:

Blücher-, Hohetorstraße, Holzmarkt, Markt, Papen-, Regierungs-, Ring-, Schulstraße.

Wahllokal: Mädchenschule, Ringstraße, Zimmer Nr. 2.

Wahlvorsteher: Obst, Franz, Stadtrat, Hohetorstraße 36.

Stellvertreter: Wehrmeister, Hermann, Arbeiter, Regierungsstraße 5.

Der 12. Bezirk umfaßt:

Bublitzerstraße, Hildebrandstraße, Hohetor-Vorstadt-Ausbau, Husaren-, Lazarettstraße, Wilhelmshof.

Wahllokal: Mädchenschule, Ringstraße, Zimmer Nr. 1.

Wahlvorsteher: Kussow, Max. Seifenfabrikant, Bublitzerstr. 31.

Stellvertreter: Prause, Emil, Schriftsetzer, Lazarettstraße 11.

Der 13. Bezirk umfaßt:

Annen-, Bismarck-, Doretheen-, Gärtner-, Karkutsch-, Marien-, Reuklenzer-, Rosenstraße.

Wahllokal: Mädchenturnhalle, Ringstraße.

Wahlvorsteher: Kusserow, Ferdinand, Lehrer em. Bismarckstr. 2.

Stellvertreter: Karus, Karl, Kassenbote, Annenstraße 21.

Der 14. Bezirk umfaßt:

Auguste-, Grün-, Heinrich-, Karl-, Sophien-, Wilhelmsstraße.

Wahllokal: Schulz'sches Vereinshaus, Grünstraße 12.

Wahlvorsteher: Dr. Rottländer, Karl, Studienrat, Grünstr. 2.

Stellvertreter: Henke, Paul, Krankenkassen-Kontrolleur, Sophienstraße 4.

Die Wahlberechtigten hiesiger Stadt, das sind alle Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben und deren Namen in die Wählerlisten eingetragen sind, werden hierdurch eingeladen, zu der eingangs erwähnten Zeit und an den bezeichneten Stellen zur Ausübung der Wahl **persönlich** zu erscheinen.

Wir machen die Wähler hierbei noch auf die §§ 10 und 14 des Wahlgesetzes, sowie auf § 37 der dazu erlassenen Wahlordnung vom 30. November 1918 aufmerksam. Diese lauten:

§ 10.

Das Wahlrecht kann nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist. Jeder darf nur an einem Orte wählen.

§ 14.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahlraumes mit den Namen der Bewerber, denen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung zu versehen.

Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlichen bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein.

§ 37.

Der Wahlvorsteher leitet die Wahl.

Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zuganges zu dem Nebenraum oder Nebentische (§ 33 Abs. 3) aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, steckt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, die nicht in dem abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wählern, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentische nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

Köslin, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Bezugsabschnitt Nr. 5 der Brotaufstrichkarte der Stadt Köslin erhält die hiesige Einwohnerschaft am Montag, den 20. dieses Monats pro Kopf 400 Gramm Marmelade. Die Abschnitte sind spätestens bis Donnerstag, den 16. bei den Kaufleuten abzugeben.

Letztere haben am Freitag, den 17. dieselben dem Lebensmittelamt einzureichen.

Der Kleinhandelshöchstpreis für ein Pfund Marmelade ist auf 1.00 Mark per Pfund festgesetzt.

Köslin, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In der nächsten und übernächsten Woche wird auf den Kopf der Bevölkerung, soweit es sich um Eierbezugsberechtigte handelt, je ein Ei ausgegeben.

Die Eierverkaufsstellen erhalten für die nächste Woche die Eier am Montag von 8 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr bei C. Waldemann. Am Dienstag zu denselben Zeiten bei Kusserow, Hohetorstraße 12. Für die übernächste Woche werden die Eier an den genannten beiden Tagen dieser Woche zu denselben Zeiten nur bei Kusserow ausgegeben. Der Verkauf an die Bevölkerung findet in den Eierverkaufsstellen jedesmal von Donnerstag ab bis zum Schluß der Woche statt.

Köslin, den 11. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Einer der Hauptanlässe zur Kohlenverschwendung ist der schlechte Zustand, in dem sich in fast allen Haushaltungen die Oefen, Küchenherde und Zentralheizungen infolge der Abnutzung in vier Kriegsjahren befinden, während deren fast keine Reparaturmöglichkeit vorhanden war. Man kann ruhig annehmen, daß diese Verschwendung an wertvollen, jetzt unersetzlichen Brennstoffen in den Großstädten **ein Viertel bis ein Drittel** des Gesamtbedarfs an Kohle und Koks für den Hausbrand ausmacht.

Diese Verschwendung muß angesichts unserer trostlosen Kohlenlage jetzt aufhören. Oefen, Herde und Zentralheizungen müssen jetzt so schnell wie möglich repariert werden, Personal und Material ist vorhanden, es sind schon genügend Töpfer, Zentralheizungsmonteure und Ofensetzer aus dem Felde zurückgekehrt; die Beschlagnahme der erforderlichen Werkstoffe ist aufgehoben; solange noch die milde Witterung des Vorwinters anhält, ist jede Reparatur leichter ausführbar.

An alle Hausbesitzer und Mieter ergeht die dringende Aufforderung, sofort alle Heizeinrichtungen ihrer Wohnungen gründlich nachsehen und in Stand setzen zu lassen.

Die uns am Ende des Winters voraussichtlich fehlende Menge unserer Hausbrandkohlen kann nur durch Ersparnis im Betriebe in den nächsten Wochen zum Teil hereingeholt werden und diese Ersparnis ist nur möglich, wenn alle Feuerungen in gutem Zustande sind.

Berlin, den 14. Dezember 1918.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Abteil. Heizung.
Im Auftrage: gez. Dietrich.

Veröffentlicht!
Köslin, den 10. Januar 1919.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung vom 14. Dezember 1918 — Reichsgesetzblatt Nr. 183 — erhalten auch die Empfänger einer Altersrente für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 eine monatliche, im Voraus zahlbare Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente.

Durch Verordnung vom 12. November vorigen Jahres — Deutscher Reichsanzeiger Nr. 271 — sind die Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente auf das Jahr 1919 erstreckt.

Die Vordrucke zum Empfang der Zulagen sind von den Empfangsberechtigten an den Dienststellen der Polizelverwaltung und des Magistrats bei denen die Beglaubigung der Unterschrift auf den Rentenquittungen bisher erfolgt ist, mit den Rentenquittungen gleichzeitig in Empfang zu nehmen.

Köslin, den 7. Januar 1919.

Der Magistrat.

Der Kaufmann **Franz Homburg** hier, Mühlentorstraße 36, der Lohgerber **Wilhelm Ziebell** hier, Fabrikstraße Nr. 5, der Zimmerer **Hermann Peter** hier, Ackerstraße Nr. 14, der Hausbesitzer **Otto Kapke** hier, Gohrbanderweg 9, der Rentner **Fritz Weier** hier, Wilhelmsstraße 21 und der Molkereiverwalter **Robert Tietz** hier, Körlinerstraße 4, sind Mitglieder des Brieftauben-Liebhaber-Vereins „Columba". Diese haben ihre Brieftauben der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt.

Dies wird gemäß § 3 Absatz 2 des Gesetzes betreffend den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege vom 28. Mai 1894 zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Die Brieftauben der genannten Züchter genießen den Schutz dieses Gesetzes. Die Vorschriften der Landesgesetze, nach welchem das Recht, Tauben zu halten, beschränkt ist und im Freien betroffene Tauben der freien Zueignung oder der Tötung unterliegen oder nach welchen Tauben, welche in ein fremdes Taubenhaus übergehen, dem Eigentümer des letzteren gehören, finden auf diese Brieftauben keine Anwendung.

Köslin, den 7. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.
J. V.: Most.

Wir nehmen Dienstag, den 14. Januar, in Köslin, Altbanzin und Hohenfelde

Zeichenschweine u. freie Schweine

ab.

Kösliner Viehverwertungs-Genossenschaft.

Homöopath. Behandl. von

Flechten, Beinleiden etc.

Behnke, Lazarettstr. 18.

Wir empfehlen

Kalender für 1919

Blitzwochenkalender

mit Datumschieber, jeder Tag einzustellen, an jedem Tag Platz für Notizen.

Preis M. 1.50

Vaterländische Volkskalender

von der konservativen Schriftenvertriebsstelle, mit Wandkalender a M. —.50.

Zusendungsporto 15 Pfg. bezw. 5 Pfg. besonders.

„Fürstentumer Zeitung" A.-G., Köslin.

Postscheck Danzig 1989.

Schreibarbeiten

werden sauber ausgeführt mit Hand und Maschine, nach Stenogramm und Diktat.

Frau Margarete Dubau,
Mühlentorstr. 13, I.

Auskunft umsonst bei

Schwerhörigkeit,

:: Ohrgeräusch ::
nerv. Ohrschmerzen.
Glänzende Anerkennungen
Sanis-Versand München. 626 h

Bekanntmachung.

Die Räude unter den Pferden des Fleischermeisters **Ernst Blocksdorff** hier, Neuetorstraße Nr. 19, ist erloschen.

Köslin, den 7. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.
J. V.: Most.

Landw. Verein Köslin.

Sitzung

Mittwoch, den 15. Januar 1919, vormittags 10½ Uhr.

—:—

1. Geschäftliches.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Bericht der Kommissionen über den engeren Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Vereine des Kreises.
4. Beschaffung von Siedelungsland. Berichterst.: v. Puttkamer-Köslin.
5. Lohnfragen. Berichterstatter: v. Heydebreck-Barzlin.
6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.
Hildebrand.

Dienstag, den 14. 1., 6½ h.
U. II.

Alle aus dem Felde zurückgekehrten Handwerksmeister und Gewerbetreibenden von Köslin und Umgegend werden zu einer Besprechung (sofortige Erlangung der Rohstoffe) am Montag, dem 13. d. Mts., abends 8 Uhr zum Restaurant „Burggrafen" eingeladen.

H. Stephan. K. Modigell.

Prima

Wagenfett

(keine Teerschmiere)
empfiehlt

J. Nowak.

Schuh-Täcke

in allen Größen vorrätig.

Carl Könckow.

Landeskirchl. Gemeinschaft

Montag, 13. Januar, 7½ Uhr abends: Mitgliederstunde, Vorstandswahl.

Kirchliche Nachrichten für Zanow

Sonntag, den 12. Januar 1919.

10 Uhr vorm. Hauptgottesdienst.
1 Uhr Kindergottesdienst.
2 Uhr Blaukreuzverein.
5 Uhr Jungfrauenverein.
8 Uhr Gemeindeabend (im Gemeindehaus). Vortrag über die Trennung von Kirche und Staat in Amerika, Belgien u. Italien, Frankreich, Genf und Basel.

Dienstag, den 14. Januar.

6 Uhr Bibelstunde in Schübben.
8 Uhr Jungfrauenverein.

Schutzverband der Kirche

vertritt für eine **selbständige Volkskirche** folgendes Mindestprogramm:

1. **Gewähr ruhiger, besonnener Überleitung in eine neue Kirchenverfassung, soweit erforderlich,**
2. **Erfüllung der rechtlichen finanziellen Verpflichtungen des Staates für das Kirchenwesen,**
3. **Erhaltung des steuerlichen Charakters der Kirchenabgabe in irgend einer Form,**
4. **Schutz der Sonn- und Feiertagsheiligung,**
5. **Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule,**
6. **Erhaltung der theologischen Fakultäten an den Universitäten.**

Diese Forderungen gilt es durchzusetzen für die Entwicklung inneren christlichen Lebens. Dazu ist äußerste Machtentfaltung der Mitglieder und Freunde der Kirche in unserer Provinz nötig. Darum die herzliche Bitte um sofortigen Anschluß (auch von Vereinen). Mitgliedsbeitrag 2 Mk. oder mehr. Meldungen sind zu richten an folgende Mitglieder vom

Arbeitsausschuß:

Stadtrat **Knust**, 1. Vorsitzender, Birkenallee 9,
Pastor **Münchmeyer**, 2. Vorsitzender, Augustastr. 23,
Buchhändler **Burmeister**, Schatzmeister, Elisabethstr. 53,
Konsul **W. Ahrens**, Pölitzerstr. 8, Frau Pastor **Bernhard**, Pölitzerstr. 33, Frau Geh.-Rat **Hempel**, Grabowerstr. 2, Frl. **Gertrud Hoppe**, Kronenhofstr. 19, Pastor Lic. **Jüngst**, Alte Falkenwalderstr. 5, Frau Major **v. Kritter**, Kaiser-Wilhelm-Str. 92, Kaufmann **Oskar Krüger**, Wickenberg 16, Gymnasialdirektor Geh. Studienrat Prof. Dr. **Nietzke**, Deutschestr. 14, Pastor **Renner**, Pestalozzistr. 7, Frau **Clara Schlegel**, Falkenwalderstr. 52, Pastor **Schröder**, Kronprinzenstr. 30, Apotheker **Visbeck**, Luisenstr. 6–7, sämtlich in **Stettin**. Mitglieder aus der Provinz werden noch hinzugewählt.

Der Zentrumsverein Köslin

veranstaltet Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale bei Lüdtke eine öffentliche Frauenversammlung, in der Herr Dr. Piontek über das Thema: **„Die Schule ohne Religion"** sprechen wird.

Alle christlichen Frauen aus Stadt und Land ohne Unterschied der Parteirichtung sind hierzu geladen. Freie Aussprache. Um möglichst vielen Frauen den Zutritt zu ermöglichen, sind Männer ausgeschlossen.

Der Vorstand.
Dr. Piontek. Felix Wolff. Schroeter. Heisig.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Vaters, des

Altsitzers Porath,

sowie für die zahlreichen Kranzspenden und die trostreichen Worte des Herrn Pastor Vanselow sagen herzlichsten Dank.

Meyringen, den 11. Januar 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Statt Karten!

Die Verlobung seiner Nichte Berta mit dem Kaufmann Herrn Johannes Krukow beehrt sich hierdurch ergebenst anzuzeigen

Hermann Wenzel.
Forsthaus Nedlin, im Januar 1919.

Berta Dummer
Johannes Krukow
Nedlin. Köslin.

Betrifft Landbewohner.

Durch die jetzigen Bahnverhältnisse ist es meinen Patienten, welche die Kolberger Bahn benutzen müssen, sehr erschwert zur Zahnbehandlung nach Köslin zu kommen. Ich habe daher in

Kolberg, Kaiserplatz 9 (Eingang Luisenstraße)

ein

Zahnatelier eröffnet.

Die Sprechstunden beginnen schon um 8 Uhr früh, – damit meine Patienten keine Zeit verlieren. –

F. Pohlenz, Dentist.

Stadttheater.

Sonntag, den 12. Januar 1919. Anfang 1/8 Uhr.

Gastspiel des Pommerschen Wandertheaters
(Dir. Rahn), z. Zt. Kolberg, Strandschloß.

Und die Liebe höret nimmer auf.

Schauspiel in 3 Akten nach dem berühmten Roman von Fr. C. Mahler.

Auftreten der 12jährigen Künstlerin **Eva Rahn** in ihrer Glanzrolle.

1. Bild: **Verlorenes Glück.**
2. Bild: **Das Lied der Mutter.**
3. Bild: **In Liebe vereint.**

Vorverkauf bei Herrn Lange, Markt-Ecke: Loge 3,00 Mk., Sperrsitz 2.50 Mk., 1. Platz 1.50 Mk., Stehplatz 1.– Mk., Abendkasse 25 Pfg. Aufschlag.

Wintergarten-Cabaret.
Dir. A. Zeplien.

Erstklassiges Künstler-Programm

Hauskapelle
unter Leitung von Herrn Kapellmeister Hermann Birr.
Anfang 7 Uhr. – Sonntags 5 Uhr.

Deutschnationale Volkspartei.

Oeffentliche Versammlung
Sonntag, am 12. Januar 1919, nachmittags 1/2 2 Uhr
in Schulzenhagen
bei Frau Gastwirt Holz.
Sonntag, am 12. Januar 1919, nachmittags 6 Uhr
in Strachmin
bei Frau Gastwirt Bardtke.
Deutsche Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Deutschnationale Volkspartei.
Dr. Zubke.

Deutschnationale Volkspartei.

Oeffentliche Versammlungen
Montag, den 13. Januar, abends 7 Uhr
in Todenhagen, Gasthof Schneider;
Dienstag, den 14. Januar, abends 7 Uhr
in Feydel, Gasthof Hackbarth;
Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 Uhr
in Zanow, Gasthof Pomplun.

Männer und Frauen, besonders auch Landarbeiter, sind herzlich eingeladen.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.
Dr. Zubke, Vorsitzender.

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe ich mein

Malergeschäft

nach Bergstraße Nr. 30

verlegt, woselbst ich demselben ein Tapeten- und Farbengeschäft angegliedert habe.

Bitte, das mir vor dem Kriege bewiesene Vertrauen auch weiter zu bewahren und mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Kurt Modigell,
Malermeister.

Die Firma Ed. Modigell und Sohn ist aufgeteilt in nachstehende Firmen:

Ed. Modigell, Malermeister, Bublitzerstraße 25, Fernspr. 246.

Kurt Modigell, Malermeister, Bergstraße 30, Fernsprecher wird noch bekannt gegeben.

Habe mit dem heutigen Tage meine

Bauklempnerei u. Reparaturwerkstatt

wieder eröffnet, auch übernehme ich sämtliche

Neuarbeiten und Reparaturen an Badeeinrichtungen, Klosettanlagen, Gas- und Wasserleitungen.

Carl Kiewe,

Klempnermeister,
Kl. Baustr. 13. Kl. Baustr. 13.

Zur Aufklärung!

Wie arbeitet die Deutsche Volkspartei gegen uns?

Sie wagt in einem Flugblatt, das die Unterschriften sämtlicher Vorstandsmitglieder trägt, zu behaupten: „Eine Stärkung der Deutschnationalen Volkspartei bedeutet zugleich eine Stärkung der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Spartakusgruppe". Mit dieser Unterstellung hat die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf einen Ton angeschlagen, wie er bisher hier in Köslin nicht üblich war. Ein derartiges Verhalten sollte zwischen Parteien ausgeschlossen sein, deren Zentralleitungen dahin streben, die Listen miteinander zu verbinden.

Warum greift die Deutsche Volkspartei zu diesem verwerflichen Mittel?

Weil sie sachlich gegen uns nichts einwenden kann.

Der Deutschnationale Volksverein Köslin.

Parteifreunde,

die bereit sind, uns am Wahltage bei der Wahlarbeit zu helfen, werden gebeten, sich sofort zu melden in unserer Geschäftsstelle, Bergstraße 19.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.

Konzertagentur Otto Grünthal-Köslin

Montag, den 13. Januar, pünktlich 8 Uhr
15. Konzertabend im Lüdtke'schen Saal.

Arnold Földesy, Cello.

Prof. Ernst Grósz, Klavier.

Aus der Vortragsfolge: Sonate A-dur, op. 69 für Klavier und Violoncell – Beethoven. Konzert für Violoncell mit Klavierbegleitung C-dur – d'Albert. Sinfonische Variationen – Boellmann usw. usw.

Numerierte Karten für Loge und Saal 3.00, Schülerkarten .00. (Ich mache jedoch darauf aufmerksam, daß ich jede mißbräuchliche Benutzung von Schülerkarten seitens Erwachsener unnachsichtlich als Betrug zur Anzeige bringen werde. Schülerkarten gelten nur als Stehplatzkarten, sind Sitzplätze unten im Saal noch frei, soll es den Schülern gestattet sein, diese zu benutzen. Stehplatzkarten an Erwachsene werden nicht mehr abgegeben.

Bin wieder mit einem großen Transport

starker Pferde

eingetroffen, darunter

mehrere hannoversche Füchse
(Paß-Pferde).

A. Henke, Pferdehandlung.

Kleine Privatanzeigen des Kösliner Volksblatts.

Arbeitsmarkt.

Zum 1. April gesucht

Oberschweizer

mit eigenen Leuten zu 80–90 Kühen, 30 Stück Jungvieh und Kälbern.
Meldungen mit Zeugnisabschrift. und Gehaltsforderungen an
Gutsverwaltung Timmenhagen, Kreis Köslin.

Suche für sofort oder 1. Februar einen

Gärtnergehilfen.

Thurow, Schötzow bei Fritzow, Bez. Köslin.

---

1 Kuhfütterer
sucht zu sofort,
1 Arbeiterfamilie
zum 1. April 19.
Wolff, Schreitstaken.

Dienstmädchen,
jüngeres, für Haushalt von 2 Personen nach Berlin. Bürgerlich kochen rc. wird ihr gelernt. Angebote an das Rechtsbüro Berlin, Elsasserstraße 68.

Suche zum 1. April ein älteres und ein jüngeres

Dienstmädchen.
R. Wendt, Thunow.

Gebildetes Fräulein
wird nach Charlottenburg in f. Haus zu 2 Kindern (7 und 11 J.) gesucht. Kenntnisse in Sprachen u. Nähen erwünscht. Auskunft erteilt M. Jaeger, Bergstr. 25.

Suche zu sofort tüchtiges, zuverlässiges

Wirtschaftsfräulein
und sauberes
Küchenmädchen.

Angebote erbeten
Frau Konopacki,
Rittergut Ratteick bei Köslin.

Mädchen
für Haus u. Küche für 1. April gesucht, infolge Verheiratung des jetzigen.
Frau Domänenrat Schroth, Bergstr. 55.

Eine saubere Aufwartfrau
für 8–11 Uhr vorm. gesucht.
Frau Georg Schrader, Danzigerstr. 50.

Hausmädchen
für sofort gesucht, wegen Erkrankung des jetzigen.
Hohetorstr. 19, 2 Trep.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Ein Dreifamilienhaus
mit Stall u. 2 Morg. Gartenland, massiv und hartes Dach verkäuflich.
Näh. beim Hofverwalter Treichel in Biziker.

4- bis 6-Zimmerwohnung
zum 1. April gesucht.
Angebote unter U. 101 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

An- und Verkäufe.

Kaufe, ev. zum Gerben angenommen:
Hirsch-, Reh-, Fuchs-, Kaninchenfelle usw.
Max Dölfuß, Gerbereibesitzer, Gerberstr. 12a.

Tiermarkt.

Gutes

Ackerpferd

zu verkaufen.
Schwolow, Gieskow.

Zu kaufen gesucht wachsamer

Hofhund,

auch Umtausch gegen guten Hütehund
Angebote erbeten an
Dom. Welschberg, Post Altgriebnitz.

Hämorrhoiden
Versand von aufklärenden Broschüren durch die Reichert'sche Apotheke, Elbing.

Bettnässer
erhalten Auskunft umsonst bei Alters- und Geschlechtsangabe.
Dania-Versand München 327.

Kösliner Veranstaltungen.

Sonnabend, den 11. Januar 1919.

Wintergarten-Kabaret, Ringstraße. Täglich ab 7 Uhr, Sonntags ab 5 Uhr Künstlerprogramm mit Konzert.

Sängerkreis, abends bei Hameyer, Friedrichstraße.

– – –

Sonntag, den 12. Januar 1919.

Schmiede-Innung, nachm. 2 Uhr, Versammlung im Wintergarten, Neuetorstraße.

Stadt Theater, abends 1/8 Uhr: „Und die Liebe höret nimmer auf" (Gastspiel d. Pom. Wandertheaters).

Schulzenhagen, Gasthof Holz, Deutschnatl. Volkspartei, öffentl. Versammlung, nachm. 1/2 Uhr.

Damerow, Gasthof Strehlow, Deutsche Volkspartei, öffentliche Versammlung, nachm. 3 Uhr.

Nedlin, Gasthof, Deutsche Volkspartei, öffentliche Versammlung nachmittags 3 Uhr.

Parnow, Krieger-Verein Parnow-Tessin, Versammlung nachmittags 4 Uhr im Vereinslokal.

Zanow, Gasthof Knappert, Deutsche Volkspartei, öffentliche Versammlung, nachm. 5 Uhr.

Strachmin, Gasthof Bardtke, Deutschnatl. Volkspartei, öffentl. Versammlung, abends 6 Uhr.

Panknin, Gasthof Dittrich, Deutsche Volkspartei, öffentl. Versammlung, abends 7 Uhr.

Thunow, Reformgasthaus, Deutsche Volkspartei, öffentl. Versammlung, abends 7 Uhr.

– – –

Montag, den 13. Januar 1919.

Todenhagen, Gasthof Schneider, öffentl. Versammlung d. Deutschnationalen Volkspartei, abends 7 Uhr.